

# BREXIT NEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des  
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: [dubbert.mathias@dihk.de](mailto:dubbert.mathias@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

Juli &amp; August 2017

Eine Mehrheit der britischen Wähler hat sich im Juni 2016 für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit einem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

<b>Thema des Monats</b> .....	2
Großbritannien schweigt nicht mehr .....	2
<b>Wichtige Entwicklungen</b> .....	3
Gemeinsame Forderung von DIHK und den britischen Handelskammern.....	3
Verhofstadt erwartet konkrete Vorschläge von Großbritannien zu Kernthemen .....	3
Labour spricht sich für Verbleib in Binnenmarkt und Zollunion aus.....	3
Wirtschaftswachstum in Eurozone doppelt so schnell wie in Großbritannien.....	4
Britische Positionspapiere führen zu Stirnrunzeln .....	4
DIHK warnt vor „Lose-Lose-Situation“ beim Brexit.....	4
Slowenischer Premierminister äußert Zweifel am Zeitplan .....	5
Wirtschaft fordert klaren Brexit-Fahrplan.....	5
EU-Angebot zu Bürgerrechten geht Großbritannien nicht weit genug .....	5
Zweite Brexit-Verhandlungsrunde lässt viele Fragen offen .....	6
May positioniert sich zu Personenfreizügigkeit .....	6
Pläne mehrerer Großbanken für Umzug nach Frankfurt a.M. werden konkreter ....	6
23 Städte bewerben sich um die in Großbritannien ansässigen EU-Agenturen.....	7
Negative Auswirkungen des Brexit auf Luftfahrtbranche wahrscheinlich .....	7
Amerika und Großbritannien planen post-Brexit-Freihandelsabkommen.....	7
Great Repeal Bill im britischen Parlament eingebracht.....	8
<b>Hintergrundmaterial</b> .....	9
Brexit-Schock sorgt für steigenden EU-Zuspruch in anderen Mitgliedsstaaten.....	9
Brexit hat Auswirkungen auf Wertschöpfungsketten .....	9
Umfrage der britischen Handelskammer zu Brexit-Zielen der Unternehmen .....	10
Umfrage zu Brexit-Notfallplänen britischer Unternehmen .....	10
Britten nehmen wirtschaftlichen Schaden für Brexit-Entscheidung in Kauf.....	11
Restriktivere Einwanderungspolitik könnte Waren in Großbritannien verteuern ...	11
<b>Volkswirtschaftliche Kennzahlen UK</b> .....	12
<b>Ressourcen</b> .....	14

## Thema des Monats

### Großbritannien schweigt nicht mehr

Die britische Regierung veröffentlichte im August eine Reihe von Positionspapieren, nachdem sie sich in den Verhandlungen bisher mit Positionierungen eher zurückgehalten hatte.

In dem [Positionspapier](#) über ein mögliches Zollabkommen spricht sich die britische Regierung für eine zeitlich begrenzte Weiterführung der Zollunion nach dem Brexit aus, um ein sogenanntes „cliff-edge-Szenario“ – die Einführung von Zöllen – zu vermeiden. Die Zeit der Übergangsvereinbarung möchte Großbritannien nutzen, um Handelsabkommen mit anderen Staaten auszuhandeln. Die britische Regierung schlägt zwei mögliche Modelle für eine Übergangszeit nach dem Brexit vor. Einerseits „a highly streamlined customs arrangement“, welches quasi die Fortsetzung des zollfreien Warenaustausches, wie er im EU-Binnenmarkt herrscht, bedeuten würde. Und andererseits „a new customs partnership with the EU“, also eine neu auszuhandelnde Zollunion zwischen Großbritannien und der EU.

In einem weiteren [Positionspapier](#) über die Verfügbarkeit von Waren auf dem europäischen und britischen Markt stellt London vier Prinzipien für ein noch auszuhandelndes Abkommen vor. Nach diesen sollen bereits auf den Markt gebrachte Güter ohne neue Regelungen und Restriktionen frei zwischen Großbritannien und der EU gehandelt sowie bereits unternommene Konformitätsmaßnahmen und ausgestellte Zertifikate, Registrierungen etc. anerkannt werden. Zudem sollte das neue Abkommen die kontinuierliche Güterüberwachung sicherstellen sowie Dienstleistungen zulassen, die im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Gütern erbracht werden.

London möchte für die Zeit nach dem Brexit, dass bei Streitfragen unterschiedliche Gremien und Schiedsgerichte zuständig sein sollen. Die Briten beziehen sich dabei auf ähnliche Regelungen, die es bei Freihandelsabkommen gibt. In UK angesiedelte EU-Bürger und Unternehmen werden sich aus Sicht der Briten nach dem Brexit nicht mehr an den Europäischen Gerichtshof wenden können. In dem [Papier](#), das sich mit diesen Fragen beschäftigt, wird allerdings nicht erläutert, wer die Finanzierung der Kosten übernimmt und welches Gremium bei welchen Streitfragen zuständig sein soll.

Der Wunsch der deutschen Unternehmen nach Planungssicherheit ist mit den zahlreichen Positionspapieren leider nicht erfüllt. Brüssel und London hatten sich darauf verständigt zuallererst die Trennung zu verhandeln und sich erst in einer zweiten Phase mit den künftigen Beziehungen zu beschäftigen. Leider gibt es bei den derzeit offenen Punkten: „Rechte der EU-Bürger“, „EU-Budget“ und „Nordirland-Grenze“ bisher keine Fortschritte. Die Vorschläge der Briten zu einer vorübergehenden Zollunion verlängern im Grunde die Hängepartie, da nicht klar ist, was nach dieser Übergangsregelung – die laut UK etwa zwei Jahre dauern soll – folgen soll. Es ist nun fraglich, ob beim Ratsgipfel der EU im Oktober die Eröffnung der 2. Phase der Verhandlungen erfolgen kann.

*Mathias Dubbert*

## Wichtige Entwicklungen

### **Gemeinsame Forderung von DIHK und den britischen Handelskammern**

Um die Unsicherheit auf beiden Seiten zu beenden, fordern der DIHK und die britischen Handelskammern, dass die Belange der Wirtschaft bei den Brexit-Verhandlungen in den Vordergrund gerückt werden sollen. Besonders hinsichtlich der zukünftigen Handelsbeziehungen sollten die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen bei den Verhandlungen an erster Stelle stehen. Unternehmen seien sehr besorgt, dass der Brexit negative Auswirkungen auf ihre Geschäfte habe und betroffene Unternehmen rechneten bereits mit höheren Ausgaben und Einschränkungen. Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des DIHK, gab gegenüber [The Times](#) an, dass die ersten Auswirkungen des Brexit-Votums schon spürbar seien. Beispielsweise seien deutsche Exporte in das Vereinigte Königreich in der ersten Hälfte dieses Jahres im Vergleich zur ersten Hälfte des letzten Jahres um drei Prozent gesunken, während die Exporte in die EU um sechs Prozent gestiegen seien.

### **Verhofstadt erwartet konkrete Vorschläge von Großbritannien zu Kernthemen**

Gegenüber der [WELT](#) erinnerten Ende August der Brexit-Verhandlungsführer des Europaparlamentes Guy Verhofstadt, wie auch der EU-Chefunterhändler Michel Barnier, an den vereinbarten Zeitplan für die Brexit-Verhandlungen und gaben an raschere Fortschritte zu erwarten. Man fordere konkrete Vorschläge hinsichtlich der noch offenen Themen der ersten Verhandlungsrunde. Ein Rosinenpicken komme dabei allerdings nicht in Frage. Für das Europaparlament stünden zudem bei den Verhandlungen die Rechte der EU-Bürger immer an erster Stelle.

### **Labour spricht sich für Verbleib in Binnenmarkt und Zollunion aus**

Die britische [Labour-Partei](#) hinter Jeremy Corbyn distanzierte sich vor der dritten Verhandlungsrunde deutlich von dem Kurs der Regierungspartei und forderte erstmals einen möglichst „weichen Brexit“ ohne spürbare Auswirkungen. Dafür solle Großbritannien nach dem formalen Austritt Ende März, mindestens übergangsweise, für mehrere Jahre Mitglied des europäischen Binnenmarktes und der Zollunion bleiben. Dabei solle weiterhin in den EU-Haushalt eingezahlt werden, Großbritannien den gesetzlichen Grundlagen der Freizügigkeit unterliegen sowie die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes bei Handels- und Wirtschaftsfragen anerkennen. Auch nach der Übergangsphase weiterhin Teil der Zollunion und des Binnenmarktes zu bleiben, sei vorstellbar.

### **Wirtschaftswachstum in Eurozone doppelt so schnell wie in Großbritannien**

Neuen [Zahlen](#) der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge konnte die Eurozone ein doppelt so schnelles Wirtschaftswachstum während der letzten Monate verzeichnen, wie Großbritannien. Im zweiten Quartal von 2017 wuchs das BIP in den 19 Eurostaaten um 0,6 Prozent, im ersten Quartal waren es noch 0,5 Prozent. In Großbritannien wuchs die Wirtschaft im zweiten Quartal um nur 0,3 Prozent, im ersten Quartal waren es 0,2 Prozent. Seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 hat sich das Wirtschaftswachstum in Großbritannien wegen des schwachen Pfunds insgesamt verlangsamt. Durch das geschwächte Pfund wurden Importe nach Großbritannien deutlich teurer, was wiederum die Inflation beschleunigte. Morgan Stanley prognostiziert sogar, dass der Euro durch das schwache Wirtschaftswachstum und die wirtschaftliche Unsicherheit Anfang des nächsten Jahres die Parität zum britischen Pfund erreichen könnte.

Weitere Volkswirtschaftliche Kennzahlen finden Sie in unserer neuen Rubrik am Ende des Newsletters.

### **Britische Positionspapiere führen zu Stirnrunzeln**

Laut einem Bericht von [Politico](#) herrscht Stirnrunzeln bei den Diplomaten der 27 EU-Länder, denen die Brexit-Taskforce der EU-Kommission einen Überblick über die jüngst veröffentlichten britischen Positionsbestimmungen gegeben hat. Mehrere Diplomaten berichteten, was sie in den Papieren lesen würden, mache sie nicht zuversichtlich. Es habe sie im Gegenteil zunehmend daran zweifeln lassen, dass die Gespräche mit Großbritannien bald in Phase zwei eintreten könnten, dass also nach dem EU-Gipfel im Oktober die Verhandlungen über das künftige Verhältnis aufgenommen werden könnten.

### **DIHK warnt vor „Lose-Lose-Situation“ beim Brexit**

DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier [zeigt](#) sich besorgt angesichts der Tatsache, „dass die Briten erst über ein Jahr nach dem Referendum beginnen, sich ernsthaft Gedanken zu machen“. Eine gut vorbereitete EU-Delegation stehe einer Gruppe britischer Verhandlungsführer gegenüber, die noch nicht den nötigen Willen erkennen ließe, sich mit der komplizierten Materie auseinanderzusetzen. Treier betonte gegenüber dem Handelsblatt, dass Unternehmen vor allem Planungssicherheit bräuchten. Eine Verlängerung des Verhandlungszeitraums sei nur dann hilfreich, wenn auch eine dauerhafte Lösung für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU-27 klar zu erkennen sei. Andernfalls würde es für die Unternehmen nur eine längere Phase der Unsicherheit bedeuten und sich beispielsweise negativ auf die Investitionsbereitschaft auswirken. Treier rät den Unternehmen deshalb auch Strategien für den Fall zu entwickeln, dass es zu einem harten und abrupten Brexit ohne Übergangs- und Anschlusslösung komme.

### **Slowenischer Premierminister äußert Zweifel am Zeitplan**

Kürzlich äußerte der slowenische Premierminister als erster EU-Regierungschef deutliche [Zweifel](#) an der Erreichbarkeit des ersten Verhandlungsziels bis Oktober und der anschließenden Aufnahme der zweiten Verhandlungsphase über die zukünftigen Handelsbeziehungen. Es würden momentan so viele schwierige Themen diskutiert, dass diese wohl nicht in dem dafür ursprünglich geplanten Zeitraum abgeschlossen werden könnten. Der Zeitplan sei von Beginn an ambitioniert gewesen, jedoch besonders durch Großbritanniens „Cherry-Picking“-Versuche erschwert worden. Theresa May zeigte sich jedoch trotz der Zweifel des slowenischen Premierministers zuversichtlich, die nächste Phase der Brexit-Verhandlungen im Oktober beginnen zu können.

### **Wirtschaft fordert klaren Brexit-Fahrplan**

Nach Einschätzung des DIHK zeichnen sich derzeit die Verhandlungen um den EU-Austritt Großbritanniens vor allem durch viele Themen und offene Fragen aus. DIHK-Präsident Eric Schweitzer bilanzierte gegenüber der [Neuen Osnabrücker Zeitung](#), dass der Brexit aus Sicht der Wirtschaft bisher hauptsächlich für viel Unsicherheit gesorgt habe. Um den Unternehmen Planungssicherheit zu geben, sei deshalb zeitnah ein klarer Brexit-Fahrplan erforderlich. Besonders großer Klärungsbedarf bestehe für die deutschen Unternehmen bei den Rechten der EU-Bürger in Großbritannien. Wenn die Brexit-Debatte auf britischer Seite nicht bald stärker inhaltlich geführt werde, komme man außerdem zu spät zu dem für die deutsche Wirtschaft so wichtigen Punkt der zukünftigen Handelsbeziehungen.

### **EU-Angebot zu Bürgerrechten geht Großbritannien nicht weit genug**

In einem [Brief](#) an Abgeordnete des „House of Lords“ Anfang August beklagte der britische Brexit-Minister David Davis, das europäische Angebot zum Schutz der Rechte der Briten, die in der EU leben, gehe nicht weit genug. Briten, die zum Zeitpunkt des Austritts noch in der EU leben, sollen auch weiterhin in ihrem EU-Land bleiben können. Der Vorschlag der Kommission sieht allerdings eine deutliche Einschränkung ihrer bisherigen Freizügigkeit vor, denn arbeiten, studieren und leben könnten sie dann nur noch in dem EU-Land in dem sie zuletzt gemeldet waren. Laut Davis stellt dies das Prinzip der Reziprozität infrage und soll deshalb u.a. noch einmal während der nächsten Verhandlungsrunden diskutiert werden. Eine schnelle Einigung beim Kernthema Bürgerrechte zwischen der EU und Großbritannien erscheint zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich, ist jedoch unerlässlich, um die zweite Verhandlungsphase einzuleiten, deren Beginn für Herbst dieses Jahres geplant ist.

### **Zweite Brexit-Verhandlungsrunde lässt viele Fragen offen**

Die zweite [Verhandlungsrunde](#) zum Brexit Mitte Juli machte vor allem die auseinandergelassenen Positionen beider Seiten zu den Kernthemen Bürgerrechten und finanziellen Verpflichtungen deutlich. Während sich beim Thema Bürgerrechte die Rolle des Europäischen Gerichtshofs zum Streitpunkt zwischen der EU und Großbritannien entwickelte, vermisste die EU eine klare Positionierung der Briten bezüglich der finanziellen Verpflichtungen. Die Kommission hatte hierzu bereits im Juni ein Positionspapier vorgelegt, in dem allerdings noch keine konkrete Zahl genannt wird und zu dem die britische Regierung bislang keine Position bezogen hat. Michel Barnier, Chefunterhändler der EU, betonte in seinem abschließenden [Pressestatement](#), dass während der nächsten Verhandlungsrunde Ende August substantielle Fortschritte in der Klärung der Positionen gemacht werden müssen, um im Herbst zur zweiten Verhandlungsphase übergehen zu können.

### **May positioniert sich zu Personenfreizügigkeit**

Nachdem sich mehrere britische Kabinettsmitglieder im Nachgang zur zweiten Verhandlungsrunde widersprüchlich zur [Personenfreizügigkeit](#) nach dem Brexit geäußert hatten, hat sich Premierministerin May in dieser Frage nun klar positioniert. Schatzkanzler Philip Hammond und Innenministerin Amber Rudd hatten öffentlich eine Übergangsphase favorisiert, in der die Freizügigkeit von Personen zwischen der EU und Großbritannien zunächst weiter garantiert wäre. Handelsminister Liam Fox lehnte dies ab. Mays Pressesprecher bestätigte nun, dass die Personenfreizügigkeit am 30. April 2019 nach dem Brexit enden wird und Spekulationen über die Ausgestaltung der neuen britischen Einwanderungspolitik zum jetzigen Zeitpunkt falsch wären.

### **Pläne mehrerer Großbanken für Umzug nach Frankfurt a.M. werden konkreter**

Mehrere Großbanken, darunter die Citigroup, Standard Chartered, Goldman Sachs und Morgan Stanley haben im Juli offizielle [Umzugspläne](#) aus London nach Frankfurt verkündet oder die Aufstockung ihres Personals in Frankfurt bestätigt. Auch die Standorte Dublin, Paris und Luxemburg sind beliebt. Geeignet ist Frankfurt, laut FrankfurtRheinMain und Hessen Trade & Invest, vor allem wegen der hohen Dichte an Finanzdienstleistern (Deutsche Börse, BaFin, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank) sowie dem vorhandenen Know-how und der guten Vernetzung als eines der größten Verkehrsdrehkreuze Europas.

### **23 Städte bewerben sich um die in Großbritannien ansässigen EU-Agenturen**

Die Bewerbungsfrist für die beiden [EU-Agenturen](#), die aktuell noch in Großbritannien angesiedelt sind und spätestens nach dem Brexit in die Europäische Union umziehen müssen, endete am 31. Juli. Insgesamt haben sich 23 Städte beworben, darunter acht für die Europäische Bankenaufsicht und 19 für die Europäische Arzneimittelagentur. Für die Europäische Bankenaufsicht werden u.a. Frankfurt, Paris, Dublin und Luxemburg als aussichtsreiche Bewerber angesehen, während sich für die Europäische Arzneimittelagentur westeuropäische und skandinavische Städte wie Amsterdam, Kopenhagen oder Stockholm große Chancen ausrechnen. Einige Städte, wie beispielsweise Dublin oder Brüssel haben sich als Standort für beide Agenturen beworben. Bis Ende September bewertet nun die Europäische Kommission die Bewerbungen, bevor dann im November der Rat über die Standorte abstimmt.

### **Negative Auswirkungen des Brexit auf Luftfahrtbranche wahrscheinlich**

Der [Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr](#) des Europäischen Parlaments hat sich Mitte Juli mit den potentiellen Auswirkungen des Brexit auf die gesamte Luftfahrtbranche beschäftigt. Da die Luftfahrtbranche nicht unter WTO-Regeln fällt, würden im Fall, dass die EU und Großbritannien kein Folgeabkommen aushandeln können, z.T. veraltete bzw. zeitweise auch keine Regelungen mehr für den Luftverkehr gelten. Dies könnte im schlimmsten Fall zu [Flugausfällen](#) im Passagier- und Frachtverkehr sowie zu hohen Einbußen im europäischen Tourismussektor führen und Waren verteuern. Die Vertreter der Luftfahrtbranche forderten im Kern, dass sich im Zuge eines neuen Open-Skies-Abkommen so wenig wie möglich am jetzigen gegenseitigen Zugang ändern soll und so früh wie möglich Klarheit über die Bedingungen nach dem Austritt geschaffen werden muss, um lange im Voraus Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Möglichkeit einer Übergangszeit wurde mehrheitlich unterstützt.

### **Amerika und Großbritannien planen post-Brexit-Freihandelsabkommen**

Eine Woche nach der zweiten Brexit-Verhandlungsrunde in Brüssel trafen sich amerikanische und britische Vertreter in Washington D.C., um in einer Arbeitsgruppe erste Ideen für ein [Freihandelsabkommen](#) zwischen den beiden Staaten nach dem Brexit auszuarbeiten. Nach geltendem EU-Recht kann Großbritannien solange es noch Mitglied der Europäischen Union ist kein bilaterales Abkommen mit einem Drittstaat alleine abschließen. Trotzdem drängte der britische Handelsminister Liam Fox bereits jetzt darauf, gemeinsame Interessen und mögliche Felder einer vertieften wirtschaftlichen Kooperation auszuloten. Konkrete Pläne oder Forderungen wurden allerdings bislang noch nicht veröffentlicht.



**Great Repeal Bill im britischen Parlament eingebracht**

Mitte Juli wurde der sogenannte [Great Repeal Bill](#) in das britische Parlament von der Regierung eingebracht. Mit diesem Gesetz wird die Gültigkeit von EU-Recht in Großbritannien nach dem Brexit beendet. Zeitgleich sollen EU-Regelungen in britisches Recht überführt werden, um ein „Chaos“ nach dem Brexit zu verhindern. Das Gesetz muss nun von beiden Parlamentskammern vor dem Brexit verabschiedet werden. Die Regierung geht davon aus, dass ca. 800 bis 1000 Rechtsverordnungen in Zukunft dafür sorgen müssen, dass das Gesetz ordnungsgemäß funktioniert. Dies macht es zu einem der aufwendigsten legislativen Projekte in der Geschichte Großbritanniens.

## Hintergrundmaterial

### **Brexit-Schock sorgt für steigenden EU-Zuspruch in anderen Mitgliedsstaaten**

Eine [Umfrage](#) des Meinungsforschungsinstitutes „policy matters“ zeigt eine zum Teil spürbar gewachsene Zustimmung zur EU. Diese Umfrage wurde im Mai/Juni in Deutschland und sieben anderen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt und durch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben. Den Ergebnissen zufolge glauben zwar circa 40%, dass der Austritt von Großbritannien die EU schwäche, 34% erwarten jedoch keine Auswirkungen und gut ein Viertel glaubt sogar an eine dadurch bewirkte Stärkung der EU. 44% der Befragten gaben an mehr Vorteile in der EU-Mitgliedschaft zu sehen. Dieser Wert stieg merklich im Vergleich zu einer ähnlichen Studie und das besonders stark in Deutschland. 61% der Befragten würden zudem eine zukünftig verstärkte Zusammenarbeit der EU-Staaten unterstützen. In Deutschland ergab sich mit 79% der höchste Wert. Nur in Tschechien sprach sich eine Mehrheit gegen eine intensiverte Zusammenarbeit aus. Auch die Bereitschaft, europäische Kompetenzen in nahezu allen Bereichen auszubauen, stieg laut der Umfrage. Die Umfrage ergab zudem, dass zwar die Stimmanteile für rechtspopulistische und EU-kritische Parteien weiterhin in einigen Ländern erschreckend hoch sind und vor allem in osteuropäischen Staaten den Zusammenhalt der EU gefährden, die Zustimmungswerte in den meisten Ländern jedoch zurückgingen. In Großbritannien ist man über die Stärkung der EU aus einem anderen Grund erleichtert. Man befürchtet nun weniger, dass die EU ein Exempel an Großbritannien statuieren will um mögliche Nachahmer abzuschrecken.

### **Brexit hat Auswirkungen auf Wertschöpfungsketten**

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat in einer [Studie](#) die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen, die infolge des Brexit auf die engen Produktions- und Lieferverflechtungen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich und der EU einwirken, evaluiert. Sollte Großbritannien im Frühjahr 2019 aus dem Binnenmarkt und der Zollunion ohne Nachfolgeregelungen ausscheiden, würde der Handel durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse und eventuell auch durch Zölle erheblich belastet werden. Auch Unternehmen, die über Wertschöpfungsketten miteinander verbunden sind, wären hiervon betroffen. Aus Sicht deutscher Unternehmen aus Großbritannien sind die Branchen Fahrzeugbau, Kokerei- und Mineralölverarbeitung und Metallindustrie besonders stark betroffen. Umgekehrt wären in Großbritannien Unternehmen in den Branchen Autoindustrie und Chemie von negativen Auswirkungen des Brexit auf die Vorleistungsbezüge aus Deutschland besonders betroffen.

### **Umfrage der britischen Handelskammer zu Brexit-Zielen der Unternehmen**

Anfang Juli, einen Monat nach den britischen Parlamentswahlen veröffentlichte die britische Handelskammer eine [Umfrage](#), in der sie 2.400 Unternehmen zu ihren präferierten Zielen für die Brexit-Verhandlungen während der kommenden Monate befragte. Über die Hälfte aller befragten Unternehmen sprach sich dafür aus, dass Großbritannien in der Zollunion und dem Binnenmarkt oder in mindestens einer der beiden Optionen bleiben soll. Nur zwei Prozent unterstützen ausdrücklich die Möglichkeit, aus dem Binnenmarkt und der Zollunion ohne Nachfolgeregelung auszuschneiden und damit unter WTO-Regeln zu fallen. 68 Prozent glauben, dass eine Übergangszeit nach dem Brexit die Umstellung für Unternehmen deutlich vereinfachen würde und knapp die Hälfte aller befragten Unternehmen, 54 Prozent, sehen ihre unternehmerischen Interessen bislang von der britischen Regierung in den Verhandlungen nicht ausreichend berücksichtigt. Entgegen der bisherigen Regierungslinie wird ein Nachfolgeabkommen sowie die Aushandlung einer Übergangszeit mit der EU mehrheitlich von britischen Unternehmen unterstützt. Die befragten Unternehmen waren zu 91 Prozent KMUs, wobei 25 Prozent dem verarbeitenden Gewerbe und 75 Prozent der Dienstleistungsbranche anzurechnen sind.

### **Umfrage zu Brexit-Notfallplänen britischer Unternehmen**

Das britische Institute of Directors hat eine Umfrage veröffentlicht, die die Brexit-Notfallpläne und deren zeitliche Ausrichtung von ca. 1000 befragten britischen Unternehmen untersucht. Der Umfrage zufolge haben bereits 57 Prozent aller befragten Unternehmen Notfallpläne erarbeitet, die beispielsweise Umzüge auf das Festland, etc. beinhalten. Allerdings haben erst 11 Prozent dieser Unternehmen damit begonnen, ihre Pläne umzusetzen. Demnach warten die meisten Unternehmen noch konkrete Verhandlungsergebnisse zwischen der EU und Großbritannien ab, bevor sie tiefgreifende Entscheidungen, wie Standortverlegungen, etc. treffen. Bei der Umfrage gaben außerdem 18 Prozent der Unternehmen an, sie würden nicht gänzlich verstehen, in welcher Weise EU-Recht ihre Branche im Speziellen betrifft. 32 Prozent gaben an, dass sie nicht verstehen würden, was ein Rückfall auf WTO-Regeln für den Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und Großbritannien konkret bedeuten würde. Auch wenn die Autoren diesen Mangel an Verständnis kritisch beurteilen, wird die Tatsache, dass erst so wenige Firmen mit der Umsetzung ihrer Notfallpläne begonnen haben, als Chance für die britische Regierung gewertet, die Unternehmen von einem reibungslosen Übergang nach dem Brexit zu überzeugen und eine Abwanderung zu vermeiden.

### **Briten nehmen wirtschaftlichen Schaden für Brexit-Entscheidung in Kauf**

Laut einer aktuellen [Umfrage](#) des Instituts YouGov würden sowohl Befürworter als auch Gegner des Brexit einen bedeutenden Schaden für die heimische Wirtschaft in Kauf nehmen, um ihre Sichtweise durchzusetzen. Von den befragten Befürwortern des Brexit gaben 61 Prozent an, dass sie einen wirtschaftlichen Schaden in Kauf nehmen würden, um die EU zu verlassen. Nur 20 Prozent der befragten „Brexiters“ gaben an, dass dieser Preis zu hoch sei, um die EU zu verlassen. Bei der personalisierten Frage, ob die Befragten den Jobverlust von einem Familienmitglied oder von sich selber in Kauf nehmen würden, um die EU zu verlassen, sank die Zustimmungsrage auf knapp 39 Prozent. Generell lässt sich beobachten, dass die Altersgruppe der 65+-Jährigen grundsätzlich eher bereit ist, wirtschaftliche Nachteile für das Verlassen der EU in Kauf zu nehmen; insgesamt stimmten 71 Prozent von ihnen zu. Umgekehrt gab nur ein Drittel der Brexit-Gegner an, sie würden wirtschaftliche Schäden in Kauf nehmen, um in der EU zu bleiben und 18 Prozent würden den Jobverlust eines Familienmitglieds oder von sich selbst als Preis zahlen, um in der EU zu bleiben. Zudem gaben die befragten Gegner des Brexit mehrheitlich (64 Prozent) an, dass wirtschaftliche Nachteile nach dem Brexit es nicht wert seien, die Brexit-Befürworter eines Besseren zu belehren.

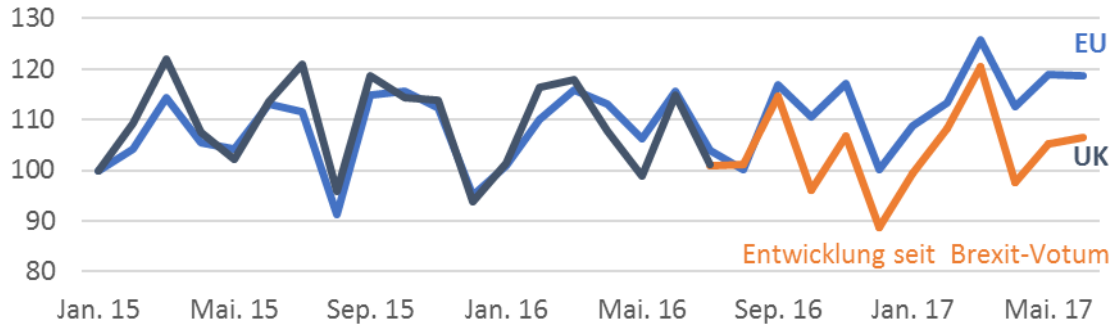
### **Restriktivere Einwanderungspolitik könnte Waren in Großbritannien verteuern**

Der Wirtschaftsausschuss des House of Lords, der zweiten Kammer des britischen Parlaments, äußerte in einem [Bericht](#) die Sorge, dass sich britische Waren in Folge der von der Regierung anvisierten restriktiveren Einwanderungspolitik verteuern könnten. Durch strenge Einwanderungsregelungen, die nach dem Brexit in Kraft treten könnten, werde auch die Attraktivität Großbritanniens für Fachkräfte aus der EU sinken und eine verstärkte Abwanderung in Gang setzen. Um Fachkräfte auch künftig im Land zu halten, müssten die Unternehmen mit höheren Gehältern und Personalkosten rechnen. Außerdem müssten Unternehmen eventuell in einigen Bereichen in automatisierte Produktionsprozesse investieren, sollten Fachkräfte auf längere Sicht nicht einfach zu ersetzen sein. Durch all diese Schritte könnten sich im Umkehrschluss Waren für britische Konsumenten verteuern. Um Unternehmen Zeit zu geben, ihre Geschäftsmodelle umzustellen und den Fachkräfteschwund aus der EU abzufedern, sei eine Übergangszeit nach dem Brexit unerlässlich.

## Volkswirtschaftliche Kennzahlen UK

### Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

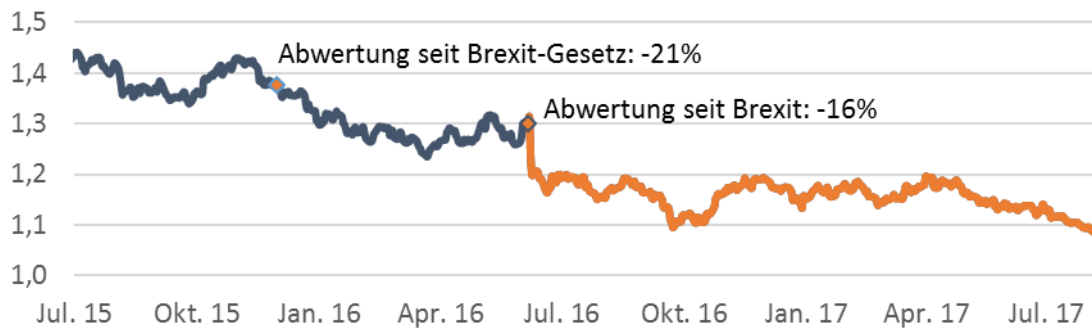
(01/15=100, Monatswerte; [Quelle: DeStatis](#), eigene Berechnungen)



**DIHK-Kommentar:** Nach dem starken Rückgang der Exporte gegen Ende letzten Jahres, gab es zu Beginn dieses Jahres eine Stabilisierung. Die setzt sich am aktuellen Rand jedoch nicht fort. Insgesamt steht für das erste Halbjahr ein Rückgang von -3% (ggü. Vorjahreszeitraum).

### Wechselkurs Pfund - Euro

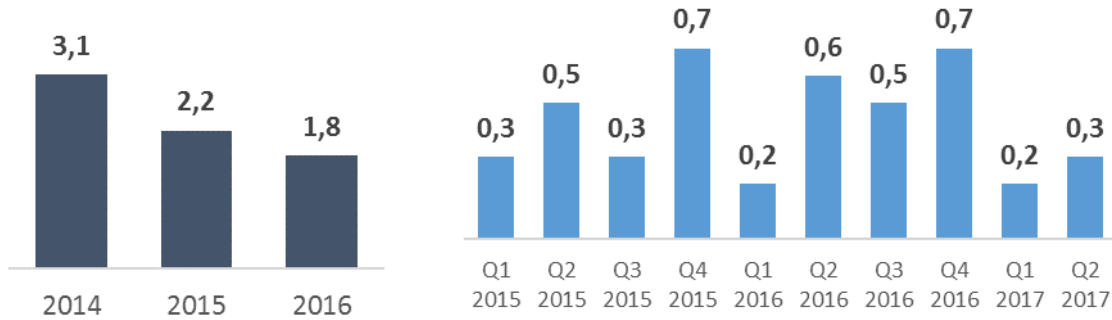
(Quelle: [finanzen.net](#); Stand: 25.08.17)



**DIHK-Kommentar:** Das Pfund hat seit dem Brexit-Votum stark abgewertet. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen vor Ort sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

### **Bruttoinlandsprodukt Großbritannien**

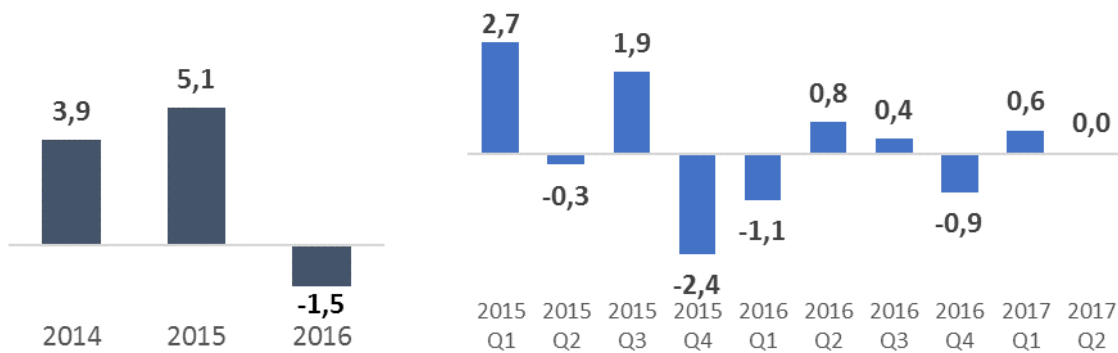
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



**DIHK-Kommentar:** Im ersten und zweiten Quartal 2017 ist die britische Volkswirtschaft nur schwach gewachsen. Das Wachstum fällt mit 0,3 % deutlich schwächer aus als im EU-Schnitt (0,6%). In der britischen Bauwirtschaft (-1,3%) und Industrie (-0,6%) ist die Wirtschaftsleistung sogar gesunken.

### **Gewerbliche Investitionen Großbritannien**

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



**DIHK-Kommentar:** Die gewerblichen Investitionen entwickeln sich nach dem Rückgang im letzten Jahr weiter verhalten. Die Brexit-Verhandlungen stellen einen großen Unsicherheitsfaktor aus Sicht der Unternehmen dar.



## Ressourcen

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: [brexit@buergerservice.bund.de](mailto:brexit@buergerservice.bund.de)

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>